



Bundestags- brief

Nr.56 • Die Woche im Bundestag • 24.04.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

SPD hat für Arbeitnehmer und Mittelstand nichts übrig:

Die SPD offenbart sich einmal mehr als Steuererhöhungs- und Klientelpartei. Statt die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen zu entlasten, setzt die SPD auf eine Spaltung der Gesellschaft. Mit Symbolik wie der Anhebung der „Reichensteuer“ oder dem Auszahlen eines Steuerbonus an Geringverdiener beweisen die Sozialdemokraten, dass sie sich von der Lösung der wirklichen Probleme in unserem Land verabschiedet haben. Die Idee einer 300-Euro-Steuerrückerstattung bringt keine Entlastung für den Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer eine Steuererklärung abgibt, weil er als Arbeitnehmer die Pendlerpauschale geltend machen oder als Ehrenamtlicher von der Übungsleiterpauschale profitieren möchte, hat vom Steuerbonus nichts. Ihm bietet das SPD-Wahlprogramm keine Entlastungsperspektive. Zudem führt der Steuerbonus zu keiner Vereinfachung des Steuerrechts, sondern sorgt im Gegenteil für neue bürokratische Belastungen. Statt insbesondere der viel zahlenden Mitte mehr Freiraum zur Entfaltung zu geben, fällt die SPD in alte Klassenkampfparolen zurück. Die Anhebung der „Reichensteuer“ führt nur zu geringen Steuermehreinnahmen, belastet aber gerade mittelständische Betriebe überproportional stark. Ausgerechnet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, auf das wir zur Bewältigung der Krise besonders angewiesen sind, wird damit von der SPD missbraucht, um sich als besonders sozial darzustellen. Dass der Mittelstand als wichtigster Arbeitgeber in Deutschland gerade in wirtschaftlich sehr schweren Zeiten der größte Unterstützer der Arbeitnehmer mit geringen und normalen Einkommen ist, passt den Sozialdemokraten nicht ins Konzept. Das am Sonntag beschlossene Programm der SPD offenbart die gesamte Erschöpfung und Konzeptlosigkeit der Sozialdemokraten nach elf Jahren Regierungseteiligung. Es ist zugleich ein Dokument ihrer Zerrissenheit und Unsicherheit: Noch vor wenigen Monaten hatte die SPD jegliche Steuersen-

kung als angeblich unsinnig und wirkungslos abgelehnt, nun erklärt sie Steuersenkungen für Wenige zum zentralen Bestandteil ihres Wahlprogramms. Während des gesamten letzten Jahres hat sich die SPD gegen die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Anhebung der Kinderfreibeträge gewehrt, nun fordert sie gar die erneute Anhebung um weitere 200 Euro. Auch in anderen Bereichen vollziehen die Sozialdemokraten eine Kehrtwende: Die in der Großen Koalition beschlossene und von Verkehrsminister Tiefensee verantwortete Privatisierung der Deutschen Bahn wird im Wahlprogramm abgelehnt. Mit ihrem Wahlprogramm stellt sich die SPD deutlich gegen die Ergebnisse ihrer eigenen 11-jährigen Regierungseteiligung. Das Programm ist der Sieg der SPD-Linken. Für CDU und CSU ist klar: Wir werden alles dafür tun, um die Umsetzung des mittelstandsfeindlichen SPD-Wahlprogramms zu verhindern und werden mit aller Kraft für eine bürgerliche Mehrheit kämpfen.

Religionsunterricht muss auch in Berlin **ordentliches Unterrichtsfach** sein:

Am Sonntag stimmen die Berlinerinnen und Berliner über die Zukunft des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen ab. Sie haben die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass Religion wie in allen anderen Bundesländern auch als reguläres Wahlpflichtfach unterrichtet wird. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt dieses Anliegen der Bürgerinitiative „Pro Reli“ nachdrücklich. Die Kenntnis der eigenen Religion ist wichtige Voraussetzung für den Dialog mit anderen Religionen. Eine aktuelle Studie der Berliner Humboldt-Universität zeigt, dass Religionsunterricht die Toleranz und Dialogfähigkeit erhöht. Überdies ist der Religionsunterricht ein wichtiger Ort der Wertevermittlung. Er stellt die Fragen nach dem Sinn des Lebens und den Regeln unseres Zusammenlebens auf Basis der jeweiligen Religion. Damit regt er auch die kriti-

sche Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben an. Dagegen kann der freiheitliche und demokratische Staat selbst keine Werte setzen und darf sich nicht die Entscheidung anmaßen, welche Werte in der Schule vermittelt werden müssen. Genau dies aber tut der Berliner Senat mit dem obligatorischen Ethikunterricht. Nicht zufällig fühlt sich etwa Wolfgang Thierse dadurch an den Staatsbürgerunterricht in der DDR erinnert. Auch viele andere führende Sozialdemokraten wie etwa Frank-Walter Steinmeier oder Andrea Nahles lehnen das Vorgehen ihrer Parteifreunde in Berlin ab und unterstützen „Pro Reli“. Umso beschämender ist das Verhalten des Berliner Senats: Statt die Abstimmung parallel zur Europa-Wahl abzuhalten, wurde sie bewusst auf den Sonntag nach den Osterferien gelegt, um so die Chancen zu verringern, dass die nötige Wahlbeteiligung erreicht wird. Der daraus entstehende Mehraufwand belastet den Berliner Haushalt mit mehr als einer Million Euro zusätzlich. Wir wünschen dem Volksbegehren Erfolg und hoffen, dass auch die Berlinerinnen und Berliner in Zukunft selbst entscheiden dürfen, ob ihre Kinder den Religions- oder den Ethikunterricht besuchen sollen.

Kinderpornografie entschlossen bekämpfen:

Kinderpornografie ist eines der abscheulichsten vorstellbaren Verbrechen. Leider steigt die Zahl der Nutzer stetig an. Gerade das Internet ist eine beliebte Plattform zur Weitergabe kinderpornografischer Bilder und Filme. Für uns ist klar: Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein! Deshalb unterstützen wir mit aller Entschlossenheit unsere Familienministerin Ursula von der Leyen in ihrem Kampf gegen die Kinderpornografie. Die Blockierung von Homepages mit kinderpornografischen Darstellungen (Access Blocking) ist ein wichtiger Schritt hierfür. Norwegen, Dänemark, Schweden, Niederlande, Neuseeland, Schweiz, Südkorea, Kanada, Taiwan und Großbritannien haben diesen Weg bereits erfolgreich beschritten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass nach langem Zögern nun auch unser Koalitionspartner die Notwendigkeit dieser technischen Maßnahme erkannt hat. Wir wissen auch, dass dies alleine nicht ausreicht, um die Kinderpornografie wirkungsvoll zu bekämpfen. Das darf jedoch nicht als Vorwand dienen, auf diese Maßnahme zu verzichten. Wer in diesem Zusammenhang sogar von „Zensur“ spricht, zeigt, dass ihm die Schwere der zu bekämpfenden Verbrechen nicht klar ist. Im Kampf gegen den Missbrauch von Kin-

dern dürfen wir nicht leichtfertig auf mögliche Bekämpfungsinstrumente verzichten.

G20, NATO, EU – Wichtige Weichenstellungen auf internationalem Parkett:

Unsere Bundeskanzlerin hat in den letzten Wochen erneut ihr diplomatisches Geschick und ihre politische Gestaltungskraft erfolgreich unter Beweis gestellt. Beim Weltfinanzgipfel der G20 in London konnten wichtige Beschlüsse auf dem Weg zu einer stabilen Weltfinanzordnung und für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft erzielt werden. Alle Finanzmärkte, -produkte und Marktteilnehmer werden einer angemessenen Aufsicht oder Regulierung unterstellt. Steueroasen werden künftig sanktioniert und Banken sollen in guten Zeiten zusätzliche Eigenkapitalpuffer aufbauen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und das Forum für Finanzstabilität werden beauftragt, die Umsetzung des beschlossenen Aktionsplans zu überwachen und voranzutreiben. Dazu gehören auch Gespräche über die von der Bundeskanzlerin angeregte „Globale Charta für nachhaltiges Wirtschaften“, die auf marktwirtschaftliche Kräfte setzt, aber Exzesse verhindert und zur Schaffung eines globalen Ordnungsrahmens führen soll. Wichtig ist auch das gemeinsame Bekenntnis, zur akuten Krisenbewältigung nur Maßnahmen zu ergreifen, die den Wettbewerb nicht verzerren sowie protektionistischen Maßnahmen zu unterlassen. Darüber hinaus soll die Mittelausstattung des IWF verdoppelt werden, damit er seinen Mitgliedern bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten schnell und flexibel helfen kann. Der Jubiläumsgipfel der NATO in Baden-Baden, Kehl und Straßburg war ein feierlicher Anlass, um die Bedeutung der NATO zu würdigen und die Rückkehr Frankreichs in die integrierte Kommandostruktur zu begrüßen. Daneben wurden wichtige Weichen für das Bündnis gestellt: Wir begrüßen ausdrücklich den Entschluss, den dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen zum neuen Generalsekretär zu nominieren. Außerdem haben die Gipfelteilnehmer den Auftrag erteilt, ein neues strategisches Konzept zu entwickeln, in dem das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ eine zentrale Rolle spielen wird. Unser Verteidigungsminister hat den Nutzen dieses Ansatzes immer wieder betont. Schließlich bot der EU-US-Gipfel in Prag die Gelegenheit, die gemeinsamen Ziele mit der neuen US-Administration zu erörtern und den Nutzen der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft zu bekräftigen.